...piehlungszeile 250 Mk. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftleit: Franz Joseph Brunn, Castrop.

...15,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 25,00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 78 — Montag, den 3. April — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der Dollar ging Samstag von 305 auf 298 zurück

•

Der Vorwärts gibt eine Darstellung der bisher von Deutschland auf Grund des Versailler Vertrags geleisteten Kohlenlieferungen. Danach ist vom September 1919 bis 31. Dezember 1921 alle 29 Minuten ein Eisenbahnzug von 80 Zehntonnenwagen mit Entschädigungskohlen über die deutsche Grenze abgerollt. (Siehe ausführlichen Bericht weiter unten!)

•

Für die in Ausführung des Friedensvertrags verlangten Schiffsablieferungen wurden für das Reich weiter eine Anzahl Fahrzeuge beschlagnahmt, zu deren Eigentümern u. a. gehören: Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft Köln, Matthias Stinnes G. m. b. H., Raab, Karcher u. Co., de Gruyter u. Co.

•

Im bayerischen Landtag hat auf Veranlassung der beiden aus Berlin zurückgekehrten Minister Graf Lerchenfeld und Schweyer eine interfraktionelle Besprechung stattgefunden. Bayerische Volkspartei, Demokraten und Bauernbündler, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sowie die Mehrheitssozialdemokraten haben einhellig ihre Zustimmung ausgesprochen zu dem von den Vertretern der bayerischen Regierung gegenüber der Wiederherstellungsnote in Berlin eingenommenen Standpunkt.

•

Wie der „Berl. Lok.-Anz." erfährt, wurde in Kattowitz ein Untersuchungsgefangener im Polizeigefängnis durch das Zellenfenster hindurch von einem französischen Wachtposten erschossen, angeblich, weil er den Posten verhöhnt hatte.

•

Einige Pariser Blätter heucheln Angst vor der Konferenz von Genua und suchen den Grund darin, daß sie der deutschen Abordnung den Vorwand unterschieben, sie wolle in Genua nichts andres tun, als England gegen Frankreich ausspielen, also die Verbündeten verunreinigen.

•

Das Journal des Debats sagt, Rathenau habe im Reichstag gar nicht anders gesprochen als Bethmann Hollweg oder Brockdorff-Rantzau. Er wende die gleichen Methoden an wie Wilhelm II. und seine Minister und habe außerdem noch mit dem Gespenst des Bolschewismus gearbeitet dadurch, daß er auf Deutschland als den Schutzwall der europäischen Zivilisation gegen den Bolschewismus hingewiesen habe.

•

Der Times zufolge ist beschlossen worden, daß außer Lloyd George, Lord Curzon und Sir Robert Horne auch der Staatssekretär für den Krieg, Worthington-Evans, als britischer Vertreter nach Genua gehen soll

•

Die Nachrichten, die in Wien aus Funchal über das Befinden des an der Grippe schwer erkrankten Exkaisers Karl eintreffen, lauten fortdauernd ernst, im Gegensatz zu den Budapester Nachrichten, die vom Eintritt einer Besserung sprechen.

•

Die Chicago Tribune berichtet über eine neue Bewegung unter den 400 000 amerikanischen Staatsangehörigen, die aus dem Krieg Ansprüche gegen Deutschland besitzen. Die Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen. Anlaß zu der neuen Erörterung der Angelegenheit soll die Note der amerikanischen Regierung in der Besetzungskostenfrage gegeben haben.

•

Ungefähr 100 Vertreter der Finanz, des Handels und der Wirtschaft, darunter Otto Kahn, Paul Warburg und Morgenthau, bildeten eine nationale Vereinigung zu dem Zweck, das Steuer- und Zollwesen zu verbessern und sich mit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas zu beschäftigen.

•

Unter den wirtschaftlichen deutschen Sachverständigen für die Genueser Konferenz befinden sich auch Dr. Melchior und Geh. Rat Cuno (Hamburg).

Dem „Echo National" zufolge hat Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten Poincare mitgeteilt, er habe den Wunsch, auf der Durchreise nach Genua mit ihm zu „plaudern".

•

Die Sowjetmission in Helsingfors dementiert die italienischen Gerüchte von Lenins Tode.

•

Der Streik der amerikanischen Grubenarbeiter hat begonnen. 600 000 Arbeiter haben die Minen verlassen.

•

Die belgische Kammer hat eine Herabsetzung der Militärdienstzeit verworfen.

•

Poincare erklärte in der Kammer, daß Frankreich sich gegenüber der Konferenz von Genua volle Handlungsfreiheit bewahre.

•

Konferenz der drei Arbeiter-Internationalen.

Berlin, 3. April. Am Sonntag trat im Berliner Gewerkschaftshause die Konferenz der drei Exekutiven der Arbeiterinternationalen zusammen. Es ist dies das erste Mal, daß sich die Sozialdemokraten mit den Kommunisten an einen Beratungstisch setzen.

Letzte Drahtmeldungen.

Exkaiser Karl gestorben.

Wien, 1. April. Nach einer heute nachmittag hier eingetroffenen Meldung ist Exkaiser Karl heute früh in Funchal verschieden ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Exkaiserin Zita, die seit einigen Tagen ebenfalls zu Bett liegt, ist ganz gebrochen. Von dem Hinscheiden des Exkaisers wurden sofort alle Höfe telegraphisch verständigt. Die Leiche Karl soll nach Wien zur Beisetzung in der Kapuzinergruft übergeführt werden. Die Legitimisten werden sich verpflichten, das Leichenbegräbnis ohne jeden Pomp stattfinden zu lassen. Karl war in den letzten Tagen stark abgemagert und sein Haar ergraut. Er hat ein umfangreiches Testament zurückgelassen.

Schweres Grubenunglück in Oberschlesien.

Breslau, 3. April. Im Anselm-Schacht in Petershof, Kreis Ratibor, ist unter Tage ein Grubenbrand ausgebrochen, ohne daß man bisher seiner Herr werden konnte. 16 Bergleute wurden getötet, 38 erlitten leichte oder schwere Verletzungen. 382 Mann der Belegschaft sind von der Außenwelt abgeschnitten. Eine Rettungsaktion ist im Gange.

Eine Riesenbetrugsaffäre.

Breslau, 3. April. Die Behörden sind seit längerer Zeit mit der Aufdeckung einer aufsehenerregenden Angelegenheit beschäftigt. Es handelt sich um mehrere Schwindler, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb gefälschter Zeugnisse beschäftigten. Die Betrüger haben falsche Zeugnisse angefertigt, mit denen die Inhaber vermutlich in die Lage versetzt wurden, sich auf einer Universität immatrikulieren zu lassen. Außerdem haben sie auch politisch wichtige Papiere, wie Reisepässe, falsche Mitgliederscheine politischer Verbände usw. angefertigt, auf Grund deren die Entente, wie man annimmt, besondere Gesetze in Deutschland hat ergehen lassen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Man vermutet, daß allein 200 falsche Reisezeugnisse von den Betrügern in Umlauf gesetzt worden sind.

Die Gewerkschaften gegen das Bemelmannabkommen.

Berlin, 3. April. Wie der DAZ. mitgeteilt wird, haben die Gewerkschaftsspitzenorganisationen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Eingabe an die in Frage kommenden Stellen gerichtet, in der das bekannte Bemelmannabkommen, das in seinen Bestimmungen den ungehemmten freien Verkehr der Sachlieferungen vorsieht, verurteilt wird.

Dr. Schweyer über die politische Lage.

München, 3. April. In der gestern abgehaltenen Hauptversammlung des Verbandes der Landgemeinden Bayerns sprach der Minister des Innern, Schweyer, über die allgemeine politische Lage. Er kam auch auf das Reparationsproblem zu sprechen und gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Reichstag endlich die Linie gefunden habe, die gefunden werden mußte. Es wäre allerdings zu wünschen, daß die Geschlossenheit noch größer gewesen wäre. Niemand könne mehr leisten, als er habe. Das müßte sich auch die Entente sagen. Die rechtliche und moralische Pflicht zur Wiedergutmachung bestehe für uns erst dann, wenn unsere eigenen Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein haben. Zur Frage der Schutzpolizei erklärte der Minister auch hier könne das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Bei der jetzigen Beunruhigung wäre die Aufhebung ein vollendeter Wahnsinn. Auch in dieser Frage müßte das deutsche Volk geschlossen auftreten. Der Minister wies darauf hin, daß die Teuerung und die Not der städtischen Massen einen außerordentlich bedenklichen Grad angenommen habe und daß alles aufgeboten werden muß, die Ruhe, Ordnung und innere Geschlossenheit aufrecht zu erhalten.

Englische Stimmen über die unmögliche Reparationsnote.

London, 1. April. „Newstatesman" schreibt, die deutsche Regierung habe auf die letzte Note der Reparationskommission die erwartete Antwort erteilt. Im großen und ganzen sei es die richtige Antwort. Die Alliierten würden sie annehmen müssen. Wenn sie die Forderungen der Reparationskommission unmöglich und demütigend nennt, habe er ganz Deutschland hinter sich. Er habe auch hinter sich jeden vernünftigen Mann in den alliierten Ländern, der sich die Mühe mache, die Tatsachen zu prüfen. Die Alliierten hätten dadurch, daß sie Deutschland in den letzten drei Jahren sehr unterdrückten, wenig erreicht, ihre Drohungen hätten Deutschland nicht eingeschüchtert, ihre kindischen Sanktionen seien auf ihre eigenen Häupter zurückgefallen. „Newstatesman" fragt, was der nächste Schritt sein werde. Von manchen Seiten werde angenommen, daß diese harten Bedingungen der Reparationskommission das Vorspiel für eine neue agressive Aktion sei. Es sei nicht bekannt, ob die französische Regierung derartiges im Sinne habe. Eines sei sicher, daß die öffentliche Meinung in England der britischen Regierung nicht erlauben werde, Frankreich bei seinen katastrophalen Abenteuern Vorschub zu leisten. Das Blatt schließt: Unser Herumnarren mit Deutschland hat uns an Reparationen so gut wie gar nichts gebracht und hat Deutschland im Chaos gehalten. Drei Tage gesunden Menschenverstandes würden uns die Bezahlung all dessen verbürgen, was wir vernünftigerweise von Deutschland erhoffen und es uns ermöglichen, damit zu beginnen, das Chaos in Ordnung umzuwandeln.

„Nation" schreibt, es sei klar, daß die letzten Forderungen der Reparationskommission von neuem zu einer sehr ernsten Krisis in den Beziehungen der Alliierten zu Deutschland führen könnten. Zum Teil seien die Forderungen unerfüllbar, zum Teil bedeuteten sie eine Erniedrigung, der sich die sehr verständige und gemäßigte Regierung Wirths nicht unterwerfen werde. Wirths Erklärungen im Reichstage seien im Ton korrekt, in der Beweisführung entschlossen gewesen. Es bestehe kein Grund, anderer Meinung zu sein als Wirth, der in der inneren Politik alles riskiert habe, um den Forderungen der Alliierten nachzukommen.

Ein Prediger in der französischen Wüste.

Paris, 1. April. Die Ere Nouvelle attwortet den Blättern, die seit gestern wieder Sturm läuten und spricht vor allem von der Aeußerung des Vorsitzenden des Wiederherstellungsausschusses, Dubois, daß Frankreich selbst ohne die Hilfe seiner Verbündeten das Recht hätte, zu handeln, sei es auch mit Hilfe der Bajonette. Das sei richtig gedacht! Aber es gebe Rechte, deren Ausübung zum Ruin führen: seit einem Jahr habe die Zahl der vernünftigen Leute, die in der Besetzung des Ruhrgebietes keinen Nutzen sehen, sich auffallend vermehrt. Man müsse bedenken, nachdem man drei Jahre lang so viele Gelegenheiten verpaßt habe, heute das Problem, nachdem die Mark auf drei Centimes gestürzt sei, an einem anderen Ende angefaßt werden müsse. Wolle man aber scharf vorgehen, dann führe man einen Kampf gegen Windmühlen. Denn, wenn man Deutschland zum Zahlen bringen wolle, müsse man erst seine Währungsverhältnisse ändern. Seit dem Waffenstillstand hätte das Problem sich, sowohl was die steuerliche als was die industrielle Seite anbetrifft, ständig verwandelt; es sei ein Währungsproblem geworden. Wie lange werde es noch dauern, so fragt das Blatt, bis die französische Regierung das bemerkt habe? Vielleicht erst dann, wenn die deutsche Mark auf den Stand der österreichischen Krone gesunken sei.

Truppennachschübe nach Duisburg.

Brüssel, 1. April. Der Minister für nationale Verteidigung befahl die Entsendung von zwei Kompagnien Radfahrern und zwei Radfahrer-Maschinengewehrkompagnien nach Duisburg. Wegen der Lage in dem Gebiet soll auch eine Verstärkung der Gendarmerie erfolgen.

Die Frage der Besatzungskosten.

Frankreich und Belgien an Amerika.

Paris, 1. April. Nach der „Chicago Tribune" haben die französische und die belgische Regierung den amerikanischen Anspruch auf Ersatz der Kosten für das Besatzungsheer am Rhein in vollem Umfange gebilligt. Die französische Note sei dem Botschafter Herrick zur Uebermittlung nach Washington übergeben worden. Die französische Regierung erkenne in ihr den amerikanischen Anspruch bis auf weiteres nur für sich allein an; das gleiche tue die belgische Regierung in ihrer Antwort. Eine Erwartung, daß die amerikanische Regierung ihre Truppen am Rhein belassen werde, besonders für den Fall, daß der amerikanische Anspruch befriedigt werde, sei in diesen Noten nicht ausgesprochen, sie werde jedoch voraussichtlich in der gemeinsamen Note der Alliierten zum Ausdruck kommen, die Anfang nächster Woche nach Washington abgesandt werden solle.

Das Abkommen von Spaa.

Chamberlain gegen Marsal.

London, 1. April. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Chamberlain, die Berichte über die Geheimsitzung des französischen Senats enthielten eine Entstellung der Tatsachen. In Wirklichkeit hätten sich die Ereignisse folgendermaßen abgespielt:

Im Jahre 1920 habe der Oberste Rat deutsche Kohlensachverständige nach Spaa berufen, die erklärt hätten, der Hauptgrund für die unzureichenden Kohlenlieferungen sei die schlechte Ernährung der deutschen Bergleute. Die alliierten Sachverständigen hätten die Berechtigung dieser Erklärung einstimmig anerkannt. Der Oberste Rat habe darauf auf Lloyd Georges Antrag beschlossen, daß die Alliierten Deutschland für den Ankauf von Lebensmitteln für die Bergleute eine Summe vorschießen sollten, die dem Unterschied zwischen den tatsächlich für die deutschen Kohlenlieferungen geleisteten Zahlungen und dem in England üblichen Ausfuhrpreis der Kohlen entsprechen sollte. Dieses Abkommen habe sich auf einen Zeitraum von sechs Monaten erstreckt und seine Ergebnisse seien gewesen, daß die Forderungen der Reparationskommission beinahe vollständig erfüllt wurden und daß die Kohlenkrise in Frankreich eine Erleichterung erfuhr. Das britische Schatzamt habe entgegen den veröffentlichten Behauptungen keinerlei Vorteile erzielt, im Gegenteil habe Großbritannien sich bereiterklärt, Deutschland Vorschüsse zu gewähren, ohne daß irgendwelche Kohle nach England geliefert wurde.

Was wir nötig haben!

Wem als politisches Ziel die Erneuerung und der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes vor Augen steht, den müssen die derzeitigen inneren Verhältnisse im deutschen Volke mit Besorgnis erfüllen. Eine Entwicklung, die uns vorwärtsbringen soll, bedarf im innerpolitischen Leben eines gewissen Maßes von Ruhe und Sachlichkeit. Nur wenn alle einzelnen Teilkräfte unseres Volkes in dem gleichen Sinne wirken und sich nicht in gegenseitigem Kampf schwächen oder aufheben, kann diejenige Gesamtkraft erzeugt werden, die eine Aufwärtsbewegung überhaupt möglich macht.

Wenn man dagegen sieht, mit welcher Leidenschaftlichkeit und Erbitterung heute der politische Kampf in Deutschland geführt wird, so ist man versucht, nach den Ursachen zu fragen, die mit derartiger Kraft die Elemente unseres Volkskörpers gegen einander treiben.

Ein Blick in die Praxis des politischen Lebens zeigt, daß alle theoretischen Erwägungen in dieser Hinsicht unrichtig sind; und wer genauer beobachtet, der wird noch eine ganz eigenartige Feststellung machen können: Während nämlich bei innenpolitischen Fragen, die das materielle Interesse des Einzelnen im unmittelbarsten berühren, z. B. bei Steuerfragen, bisweilen noch mit einer gewissen Ruhe und Sachlichkeit verhandelt wird, geht jede Mäßigung verloren, wenn Fragen der nationalen Ehre und Würde zur Debatte stehen. Gerade hier kommt es zu den wüstesten Auftritten politischer Leidenschaft, zu den niederträchtigsten gegenseitigen Verdächtigungen und Verleumdungen, zu den schärfsten persönlichen Feindschaften.

Die Feststellung der Tatsache mag hier genügen als so ungemein bezeichnend für unser ganzes innerpolitisches Unglück und Elend. Und dabei kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrzahl unserer politischen Führer und überhaupt der politisch tätigen Staatsbürger von dem ehrlichen und festen Willen beseelt sind, an der Wiederaufrichtung unseres unglücklichen Vaterlandes mitzuarbeiten. Wie kommt es nun, daß diese Streiter, die doch alle zur Fahne, im Kampfe stehen, nun, wie unter einem psychischen Zwang handelnd die Waffen gegeneinander kehren und so sich selbst und ihre Mitkämpfer an der Erreichung des gesteckten Zieles hindern?

Wenn man zur Beantwortung dieser Frage den Kreis unserer politischen Parteien überschaut, so zeigen sich dort, abgesehen von zahlreichen, weniger wesentlichen Differenzen, zwei Hauptgegensätze, denen zwei verschiedene politische Grundanschauungen zugrunde liegen. Die eine geht von der Ueberzeugung aus, daß in dem Chaos der Kräfte, die überall im Leben, also auch im politischen, mit-, neben- und gegeneinander wirken nur durch den kräftigen Arm eines starken Willens Ordnung geschaffen werden ann, daß nur da, wo die Verhältnisse bewußt, in einheitlicher Richtung gestaltet werden, ein guter Erfolg möglich ist. Es müßten auf der einen Seite gewisse Kräfte gehemmt und unterdrückt und auf der anderen andere bewußt gefördert werden. Nur die Tat allein sei schöpferisch und daher notwendig wenn sie auch zur Gewalt, zum Zwang und zur Unterdrückung des Einzelindividuums oder unter Umständen ganzer Gruppen von Volksgenossen führt.

Die zweite Grundanschauung geht davon aus, daß jeder gewaltsame Eingriff in das Spiel der Kräfte schädlich ist, daß er letzten Endes zu einer ebenso gewaltsamen Reaktion führen muß. Jeder Druck erzeuge einen Gegendruck, der so lange sich verstärke und anwachse, bis er schließlich den ursprünglichen Druck mit explosiver Kraft überwinde. Aufgabe der Politik könne es daher nur sein, die Entwicklung zu regulieren. Dazu erscheint es notwendig, die Willensrichtung des Einzelindividuums und die Kräfte, die die Masse durch Summierung dieser hervorbringt, kennen zu lernen und auszuwerten. Hier sind also gerade die Einzelwollen der Urwerte und Urzellen, aus denen durch freiwillige Gesellung der Gesamtwille hervorgeht.

Während also der Politiker demokratischer Richtung aus der Vergangenheit zu lernen sucht und die dabei gewonnenen Lehren für die Gegenwart verwerten will, fordert man im anderen Lager lediglich Vorwärtsschauen, die vom starken Willen getragene politische Tat, die wenn es sein muß, auch in der Form des Befreiungskrieges in Erscheinung treten mag.

An diesem Punkte — so schreibt A. Turatschek in den „Ostdeutschen Monatsheften" (Danzig) — scheiden sich die Geister je nach Veranlagung, Begabung und Lebensauffassung. Auf der einen Seite stehen die Willensmenschen, im allgemeinen mehr die Persönlichkeiten, während sich auf dem Boden der demokratischen Auffassung mehr die intelligenten Köpfe zusammenfinden.

Diese Feststellung gilt nicht nur für unsere Verhältnisse, sondern schon immer hat es die Zweiheit dieser Grundauffassung gegeben, und wir finden sie zu allen Zeiten, besonders aber bei den Völkern hervortreten, bei denen Politik auf parlamentarischer Grundlage betrieben wurde. Die Weltgeschichte hat bisher ein Urteil über Berechtigung oder Nichtberechtigung der einen oder anderen Anschauung noch nicht gefällt und man wird getrost vorhersagen können, daß dieses Urteil auch niemals gesprochen werden wird, so lange die verschiedenen Menschen die Welt mit verschiedenen Augen ansehen. Denn die Welt als Vorstellung ist letzten Endes nichts Objektives, sondern nur das, was sich auf der Netzhaut des einzelnen Individuums wiederspiegelt.

Die angestellten Betrachtungen wären müßig, wenn sich aus ihnen nicht eine Nutzanwendung für unser politisches Leben ergeben würde. Dabei müssen freilich von vornherein diejenigen Kreise unseres Volkes ausscheiden, die einen Aufstieg unseres Vaterlandes überhaupt nicht erstreben, denen vielmehr der Klassenkampf

hier nur auf den zum Glück überwiegend größeren Teil unseres Volkes an, der sich ehrlich und ernstlich um den Aufstieg bemüht, bei diesem Bemühen aber infolge der verschiedenen Grundauffassungen in getrennte feindliche Lager zerspalten wird. Ihm sollte gezeigt werden, daß die eine wie die andere der charakterisierten Grundauffassungen ihre Berechtigung hat und daß daher beide beim Einzelnen je nach der Veranlagung zur ehrlichen und bewußten und daher auch achtbaren Ueberzeugung sich ausreifen kann.

Wenn zu dieser Erkenntnis die notwendige Selbstbeherrschung und Mäßigung gefunden werden kann, dann werden all jene gehässigen Verdächtigungen und Verleumdungen, die den politischen Kampf bei uns so unerfreulich und unfruchtbar gestalten, aufhören, dann wird bei allen Fragen die das gemeinsame Ziel betreffen die Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, die wir nötig haben, zum Wohle unseres Vaterlandes, und aller die es hochhalten.

Aus dem Reiche.

Erhöhung der Schaumweinsteuer.

Berlin, 1. April. Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern stand heute der sozialdemokratische Antrag, der eine Novelle zum Schaumweinsteuergesetz fordert, zur Debatte. Es wurde beschlossen daß die jetzige Banderole künftig in Fortfall komme und statt ihrer für jede Flasche Schaumwein beim Abgang an den Verbraucher 30 % Weinsteuer erhoben werden soll.

Eine Rede Dr. Stresemanns.

Hamburg, 1. April. Anläßlich einer Bismarckerinnerungsfeier hielt gestern Dr. Stresemann eine Rede, in der er u. a. von den parlamentarischen Vorgängen der letzten Tage sprach. Er begrüßte vor allem das Eintreten der Deutschen Volkspartei für das Vertrauensvotum. Er wies darauf hin, daß es sich in dieser Stunde nicht darum handeln könne, für oder gegen die Person Dr. Wirths zu sein, sondern für Deutschland einzutreten. So wie die Verhältnisse in der Gegenwart liegen, sei ohne die Sozialdemokraten keine Politik zu machen. Stresemann bedauerte es, daß das Parlament nicht in voller Einmütigkeit hinter das Kabinett getreten sei. Der Redner schloß: Wir wollen nicht warten, bis ein Bismarck uns entsteht, es heißt vielmehr, die Fundamente zu schaffen, damit ein kommender Staatsmann etwas vorfindet, das ihn stützt.

Das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 1. April. Im Reichsverkehrsministerium hat gestern mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Aussprache über das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahner stattgefunden, die dadurch erforderlich wurde, daß die die Spitzenorganisationen Vorschläge unterbreitet haben, welche für das Reichsverkehrsministerium nicht tragbar sind. Nach diesen Vorschlägen sollen die einzelnen Dienstschichten (d. h. die Zeiten, innerhalb deren der achtstündige Arbeitstag sich abzuspielen hat) höchstens auf 19 Stunden ausgedehnt werden dürfen. Der reine Bereitschaftsdienst soll mit 80% als voller Dienst bewertet, Wendezeiten des Lokomotivpersonals mit 6, des Fahrpersonals mit 4½ Stunden als Dienst angerechnet werden. Diese Sätze sind mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebes nicht vereinbar. In der heutigen Verhandlung wurde von den Spitzenorganisationen verlangt, daß die z. Zt. auf Grund der sogenannten Dienstplanänderungen im Bahn-, Stations- und Weichendienst solange sistiert werden sollen, bis entweder eine Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen erzielt oder die Verhandlung als gescheitert anzusehen sei. Der Vorsitzende, Min.-Dir. Hitzler, sagte zu, hierüber die Entscheidung der Minister einzuholen.

Auflösung der Provinz Grenzmark

Zuteilung der Restgebiete an Ostpreußen.

Berlin, 1. April. Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Neuregelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark. Berichterstatter Dr. Levin (D. Vpt.) wies auf die wirtschaftlichen Nöte der zerrissenen Ostmark hin, denen der Entwurf Rechnung tragen soll. Westlich des Korridors sollen die Reste der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen, östlich des Korridors die preußisch gebliebenen Teile der Provinz Westpreußen mit der Provinz Ostpreußen vereinigt werden. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. In der zweiten Hälfte der nächsten Woche wird der Ausschuß eine neue Beratung abhalten.

Deutschlands Kohlenlieferungen.

Der „Vorwärts" gibt eine Darstellung der bisher von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages geleisteten Kohlenlieferungen. Danach ist vom 1. September 1919 bis 31. Dezember 1921 alle 29 Minuten ein Eisenbahnzug von 80 Zehntonnenwagen mit Reparationskohle über die deutsche Grenze an die Entente abgerollt. Nachdem in Spaa eine gesteigerte Reparationskohlenlieferung bestimmt wurde, beträgt die in der Zeit vom 1. 9. 20 bis 31. 12. 21 abgelieferte Reparationskohlenmenge 24,2 Millionen Tonnen. Somit hat von dem Inkrafttreten des Spaaabkommens an alle 24 Minuten ein Eisenbahnzug von je 80 Zehntonnenwagen die deutsche Grenze verlassen. Mit anderen Worten, jede Minute gehen mehr als drei Wagen mit Reparationskohle nach dem Westen. Nach Italien sind im letzten Halbjahr 1921 an oberschlesischer Kohle insgesamt rund 1 527 000 Tonnen Kohle befördert worden.

Der deutsche Städtetag zu den brennenden Tagesfragen.

Essen, 1. April. Der Vorstand des deutschen Städtetages sprach in seiner Tagung in Essen seine volle Einstimmigkeit zu dem von der Reichsregierung und dem Reichstag gegenüber der Note der Reparationskommission eingenommenen Standpunkt aus, daß die jetzt verlangten Leistungen unerträglich und unerfüllbar sind. Der deutsche Städtetag weist dabei noch besonders vom Standpunkt der deutschen Städte darauf hin, daß das Reich den Gemeinden, die vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, wesentlich größere Mittel zur Verfügung stellen muß. Zur Sicherung der Brotversorgung für das kommende Jahr trat der Vorstand für Beibehaltung des bestehenden Umlageverfahrens ein. Zum Reichsmietengesetz erhebt der deutsche Städtetag die Forderung der Ausführung, insbesondere der Festsetzung der Mietzuschläge, sowie auch der besonderen Zuschläge im Gesetz auf den verschiedenen Gebieten. Das vorgeschlagene System müsse auch in die Hand der Gemeindeorgane gelegt werden. Bezüglich der Gewährung der Baubeihilfen müsse gefordert werden, daß, abgesehen von einem zum Ausgleich geforderten Betrage, die den Städten und Gemeinden zustehenden Erträgnisse aus der staatlichen Wohnungsbauabgabe zugunsten der Städte und nicht des platten Landes verwendet werden. Reich und Staat sorgten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber nicht in gleichem Maße wie ein privater Arbeitgeber für das Wohnungsbedürfnis ihrer Arbeitnehmer und stelle unter Anwendung von Druckmitteln übermäßige Forderungen an die Gemeinden [illegible] Städten und Gemeinden geschaffenen Geldinstitute auch weiter in der Hand der Kommunen bleiben.

Journalistenboykott gegen die bayrische U. S. P.

München, 1. April. Im bayrischen Landtag ist der unabhängige Abgeordnete Nikisch, Volksschullehrer und früherer Vorsitzender der Zentralleitung der Münchener Räterepublik, vom Präsidenten Königsbauer nachträglich zur Ordnung gerufen worden, weil er gesagt hatte, diejenigen dürften sich über das Verhalten der Entente gegen uns nicht beklagen, die den Räterepublikanern die Amnestie verweigerten. Bei den darauf folgenden Austritten haben die Unabhängigen Blumtritt, Redakteur in Hof, und Dr. Bauer, praktizierender Arzt in München, Schimpfworte wie „Lumpen" und „Sauhunde" gegen die Journalistentribüne geschleudert. Die bürgerliche Presse hat daraufhin einmütig beschlossen, keinen unabhängigen Redner mehr zu erwähnen.

Zurücknahme der Ausweisung des Beuthener Oberbürgermeisters.

Breslau, 1. April. Der vor einigen Wochen gegen den Oberbürgermeister von Beuthen erlassene Ausweisungsbefehl ist von der J. A. K. zurückgenommen worden. Der Oberbürgermeister wird in den ersten Tagen des April sein Amt wieder antreten.

Ein Abkommen gegen den Frauen- und Kinderhandel.

Berlin, 1. April Wie halbamtlich aus Genf gemeldet wird, unterzeichnete gestern der deutsche Gesandte in Bern im Völkerbundssekretariat im Auftrage der Reichsregierung das Protokoll des neuen Abkommens zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels.

Schiedsspruch Calonders nach Ostern.

Genf, 1. April. Wie verlautet, dürfte Präsident Calonder seinen Schiedsspruch in den deutsch-polnischen Oberschlesienverhandlungen um Ostern herum abgeben, falls nicht bis dahin eine Einigung zustande gekommen ist.

Deutscher Reichstag.

Ein Gesetzentwurf betr. die Autonomie der Reichsbank wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Darauf wird die dritte Beratung der Steuergesetze fortgesetzt, und zwar mit der

Umsatzsteuer.

Abg. Soldmann (U.): Das Gesetz bedeutet eine schematische Heraufsetzung der bestehenden Umsatzsteuer. Die Besteuerung der Genossenschaften ist eine Ungerechtigkeit gegenüber der Arbeiterschaft.

Abg. Heidemann (Komm.): Die tragfähigen Schultern werden durch diese Steuern nicht genügend belastet. Würden wir eine genügende Besitzsteuer geschaffen haben, so würde die Entente mit ihren Forderungen auch zurückhaltender sein. So aber haben wir eine ungeheure Ausplünderung der großen Massen. Das ist auch — vielleicht mit Ausnahme der Mehrheitssozialisten — von allen Kritikern, auch vom Reichswirtschaftsrat anerkannt worden.

Die Konferenz von Genua.

Vorbereitungen für Genua.

Berlin, 1. April. Gestern nachmittag fand eine weitere Kabinettssitzung statt, die sich ebenso wie die gestern vormittag stattgefundene mit den Vorbereitungen zur Konferenz von Genua befaßte. Die Besprechung galt hauptsächlich der Auswahl der Sachverständigen. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation ist den italienischen Botschafter mitgeteilt worden.

Havenstein geht nach Genua.

Berlin, 1. April. Auch der Präsident der Reichsbank Havenstein gehört zur Genueser Delegation.

Rumänien und Polen in Genua.

Paris, 1. April. Der neue rumänische Gesandte Antonescu erklärte, Rumänien werde in Genua darauf dringen, daß Sowjetrußland den rumänischen Goldschatz von 220 Millionen Francs zurückgebe. Ferner werde Rumänien eine Forderung von 400 Millionen Francs an die deutsche Regierung stellen als Ersatz für die Lieferungen an Deutschland vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg. Der polnische Außenminister Skiermund bezeichnete als den Zweck seiner Reise, daß er gewisse Bedenken der Alliierten wegen der polnischen Absichten vor der Konferenz von Genua zerstreuen müsse. Für Genua habe sich Polen mit der kleinen Entente, der es mit angehöre, auf ein bestimmtes Programm geeinigt.

Der Bericht der Sachverständigen über Genua

London, 1. April. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß der Bericht der Sachverständigen über Genua die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung nicht erwähne, sich jedoch in der Hauptsache mit den Bedingungen befasse, deren Annahme und Durchführung durch die Sowjetregierung zur Gewährung der Anerkennung führen werde. Der Bericht bestehe aus zwei Teilen. Der erste Teil behandle Rußland, der zweite Mitteleuropa. Der erste Teil bestehe aus folgenden Abschnitten: Abschnitt 1, in dem erklärt wird, daß Sowjetrußland nicht in der Gesellschaft der Nationen zugelassen werden könne, wenn es nicht gewisse Bedingungen erfüllen werde. Hier werde auch die Forderung nach Sicherheit des Eigentums in Rußland erwogen. Abschnitt 2 erörtert die Bedingungen, unter denen ausländische Unternehmungen und ausländische Kapitalien für die Wiederherstellung Rußlands angeworben werden können.

Kapitel 2 behandelt die russischen Schulden privater Forderungen an die Sowjetregierung. Hier werde die Schaffung einer Kommission für die russischen Schulden vorgeschlagen. Infolge der Opposition der italienischen Delegierten seien jedoch zwei Paralleltexte in den Bericht eingefügt worden. Einer davon, den die Mehrheit der Sachverständigen billigte, wünsche, daß die Kommission für die russischen Schulden mit einer recht wirksamen Kontrolle auszustatten sei, während der zweite, von der Minderheit der Sachverständigen gebilligte Vorschlag, für den der italienische und der britische Delegierte Wise eintraten, der Kommission dieses Recht absprachen. Das Kapitel 2 behandelt die elementaren Rechte, die dem ausländischen Kapital und den in Rußland ansässigen Ausländern gegeben werden sollen, darunter die Unverletzlichkeit der Person unter konsularischem Schutz, Gerichtshöfe usw.

Abschnitt 3 behandelt die Maßnahmen, durch die der baldige Wiederaufbau Rußlands erleichtert werden soll. Unter den darin enthaltenen Vorschlägen befindet sich auch die Schaffung von Zonen.

Teil 2, der sich mit Mitteleuropa befaßt, sei sehr kurz, er bestehe aus drei Abschnitten, die die Finanz-, Wirtschafts- und Transportfragen behandeln. Hier werde u. a. erklärt daß alle künstlichen Maßnahmen zur Verbesrung des Wechselkurses und Beschränkung des freien Handelsverkehrs schädlich seien und beseitigt werden müßten. Es scheine, dem Berichterstatter zufolge, daß die französischen Sachverständigen von ihrer Regierung angewiesen wären, sich diesen Maßnahmen zu widersetzen, obwohl sie persönlich für derartige Maßnahmen seien. Der Berichterstatter fährt fort, es könne nicht gesagt werden, daß die Sachverständigen viel erreicht hätten. Der wesentliche Unterschied zwischen den Ansichten Lloyd Georges über Rußland und den französischen Sachverständigen sei, daß Lloyd George der Ansicht sei, daß Rußland nicht in der Lage sei, die Forderungen der Bolschewisten, die sie nicht als vertrauenswürdig ansehen, nicht begnügen. Beide Parteien gehen nach Genua, ohne daß diese Fragen zwischen ihnen geregelt worden seien.

Die Tagung des Reichskohlenrats.

Berlin, 1. April.

Der Reichskohlenrat trat gestern vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um sich mit dem neuen Kohlensyndikatsvertrag, der bekanntlich von den einzelnen Syndikaten bereits angenommen ist, zu befassen. Vorher erstattete der Geschäftsführer des Reichskohlenverbandes, Berghauptmann Bennhold, einen eingehenden Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft, dem wir folgendes entnehmen:

Die allgemeine Brennstofflage Deutschland, die bereits Ende des vorigen Jahres recht bedenklich war, hat seitdem keine merkliche Entspannung erfahren. Die Gründe hierfür sind wohl bekannt, sie wirken auch jetzt noch fort und haben im Januar und Februar besonders unter dem Einfluß der Eisenbahnerbewegungen eine bedrohliche Verschärfung, namentlich für einzelne Wirtschaftsgebiete, besonders Hamburg, Siegerland, Südwestdeutschland, erfahren. Besonders notleidend ist die Baustoffindustrie, für die angesichts des Beginns der Bauzeit eine besondere Fürsorge entwickelt werden muß. Nach wie vor besonders leidet die Versorgung unter dem Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven. Sehr drückend für die Inlandversorgung wirken die seit Februar dieses Jahres nach Menge und Sorten sogar noch erhöhten Anforderungen des Verbandes an Wiederherstellungskohle. Für die Zeit des nächsten Lieferungsprogramms (Februar bis April) ist die Anforderung des Verbandes auf 1 916 000 Tonnen gegen 1,7 Millionen Tonnen im letzten Halbjahr erhöht worden. Wenn auch neuerdings an den Lieferungen das niederschlesische Revier mit einer kleinen Menge von 6000 Tonnen Koks und Oberschlesien mit monatlich 110 000 Tonnen Steinkohle beteiligt sind, so ist doch eine fühlbare Mehrleistung des Ruhrreviers mit je 276 000 Tonnen in den genannten drei Monaten oder mit rund 20 v. H. mehr als im Durchschnitt des Jahres 1921 eingetreten. Die Erwartungen auf eine Ermäßigung der Anforderungen sind leider wiederum enttäuscht worden. Schon im Februar dieses Jahres haben übrigens die neuen Brennstoffanforderungen auch nicht annähernd erfüllt werden können. Es ergab sich ein Rückstand von fast 700 000 Tonnen, hervorgerufen durch den Eisenbahneraustand und seine Folgen. Während des Streiks wurden die Mengen rücksichtslos angefordert, und später verlangte man sogar noch völlige Nachlieferung der Rückstände. Hierüber finden Auseinandersetzungen in Paris statt; eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Es werden neue Verhandlungen in Paris stattfinden. Letztere werden auch im Zeichen erhöhter Koksforderungen des Verbandes stehen, da hiernach das Verlangen besonders scharf ist. Da aber auch seine Eisenindustrie an einem ausgesprochenen Mangel an Koks leidet, so ist dem Ergebnis dieser Verhandlungen mit Besorgnis entgegenzusehen. Jedenfalls muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß die Forderungen einmal ihre Grenzen haben müssen, und daß es nicht angängig ist, durch sie unsre Wirtschaftslage noch weiter zu zerstören. Eine stärkere Belastung mit Kokslieferungen muß als unerträglich bezeichnet werden. Die Wiesbadener Vereinbarungen sind von der Gegenseite immer noch nicht ratifiziert worden. Ueber ein ähnliches Abkommen wie in Wiesbaden ist inzwischen mit Italien verhandelt worden. Die Aussprache verlief indes ergebnislos infolge der unerfüllbaren Forderungen der Gegenseite. Nach weitern eingehenden Ausführungen über die letzten Preiserhöhungen, die neue Kohlensteuer und die Weltkohlenlage, auf die wir noch zurückkommen werden, machte Berghauptmann Bennhold Mitteilung über die gestrige Sitzung des Reichskohlenrats. Diese bedeutet insofern eine Ueberraschung, als eine endgültige Genehmigung des neuen Syndikatsvertrags noch nicht erreicht worden ist, da verschiedene Punkte noch nicht vollständig geklärt werden konnten. Da das alte Kohlensyndikat mit dem heutigen Tag abläuft, so muß demnach, um einen syndikatlosen Zustand zu vermeiden, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß bis auf weiteres ein Zwangssyndikat mit sofortiger Wirksamkeit eintreten. Es ist beschlossen worden, der ganzen Frage in einem kleinen Ausschuß noch näherzutreten. Im Laufe des Monats April soll dann noch einmal endgültig über den neuen Vertrag Beschluß gefaßt werden.

Wie weiter mitgeteilt wurde, hat man im Großen Ausschuß diejenigen Bestimmungen des neuen Vertrags, die eine Hebung der Kohlenförderung, das Fortbestehen der bisherigen Beteiligungsziffern und die größere Freizügigkeit der Werke bei günstiger Marktlage bezwecken, im allgemeinen gebilligt. Kritisch beurteilt wurden dagegen die Bestimmungen, die eine erhöhte Verbrauchsbeteiligung der reinen Zechen vorsehen, sowie die Ausdehnung der Hüttenzecheneigenschaft auch auf die Lieferungsverträge. Die Befürworter des neuen Vertrags hatten auf die bessere Ausnützung der Kohlenförderung durch die leichtere Absatzmöglichkeit für die reinen Zechen hingewiesen. Die Gegner befürchten dagegen davon die Schwächung des syndikatlichen Gedankens, die Benachteiligung der übrigen Verbraucher und eine übermäßige Belastung der Verkehrswege, wenn den reinen Zechen ein erhöhter Selbstverbrauch zugebilligt werde.

•

Die heute veröffentlichte Verordnung des Reichswirtschaftsministers Schmidt über den Zusammenschluß der Kohlenbergbau-Besitzer des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues zu einem Kohlensyndikat hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Besitzer der Kohlenbergwerke des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaubezirkes werden zu einem Kohlensyndikat zusammengeschlossen. Als Satzungen dieses Syndikates gelten: 1. Der Syndikatsvertrag vom 26. September 1919 mit Ausnahme des § 37; 2. der Gesellschaftsvertrag der Aktiengesellschaft Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats vom 20. Oktober 1919, veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 16 vom 20. Januar 1920.

§ 2. Die Bestimmungen des § 1 gelten als Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern des in § 1 genannten Syndikatsvertrages vom 26. September 1919.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Ablauf des 31. März 1922 in Kraft, sie tritt mit dem Ablauf des 30. April 1922 außer Kraft.

Lloyd George an Amerika.

Paris, 1. April. Nach dem Londoner Vertreter des „Neuyork Herald" wird Lloyd George in seiner Erklärung, die er am Montag im Unterhaus abgeben wird, besonders die zurückhaltende Stellungnahme der Vereinigten Staaten einer scharfen Kritik unterziehen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß er eine Mehrheit von 400 Stimmen erhält. Man glaubt, daß die Opposition außer den 74 Mitgliedern der Arbeiterpartei keine Anhänger finden wird. Es verlautet, eine kleine, aber entschlossene Gruppe, deren Führer Lord Percey ist, werde einen Zusatzantrag einbringen in dem verlangt wird, daß Lloyd George mit der amerikanischen Regierung in Unterhandlungen eintrete um durch die Regelung der politischen Fragen es den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, die Einladung nach Genua anzunehmen.

Poincarès Beziehungen zu den Sowjets.

Kritik der französischen Kammer.

Paris, 1. April. In der gestrigen französischen Kammersitzung wurde die Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt. Der royalistische Abgeordnete Magne verweist auf die Mitteilung der Blätter, daß der Finanzminister sich äußerte, Frankreich sei durch die Verpflichtungen, welche das Kabinett Briand einging, mehr gebunden, als man annehmen könnte. Poincare erklärte daß Briand und Loucheur Erklärungen abgaben, die sich auf die Abmachungen mit den Alliierten bezogen und die unbedingt zu Mißverständnissen über die in Boulogne und Cannes eingegangenen Verpflichtungen führen mußten.

Sodann interpellierte der Abgeordnete Ehrlich über angebliche Besprechungen, welche Poincare mit den Vertretern der Sowjetregierung gehabt haben soll. Er wünscht Aufklärungen darüber, in welcher Weise die französische kommunistische Partei intervenierte, damit derartige Besprechungen zustande kommen konnten. Mit Rußland dürfe man nicht verhandeln, da die Schreckensherrschaft dort noch in voller Blüte stehe. Ehrlich ist darüber erstaunt, daß man einem Vertreter der Sowjetregierung, Herrn Skoboleff, die Erlaubnis gegeben habe, sich in Paris niederzulassen. Der Abgeordnete Gerald erklärt in einem Zwischenruf, daß Krassin vor zwei Tagen in Paris geweilt habe, und zwar auf Grund eines in Berlin ausgegebenen Passes. Poincare erklärt, daß er davon nichts wisse. Der Abgeordnete Ehrlich wünschte sodann Aufklärungen über die Besprechungen zwischen Poincare und Marcel Cachin sowie den sonstigen Abgesandten der Sowjetregierung. Poincare erwiderte, daß er Cachin ein einziges Mal in seinem Leben im Elysee gesehen habe. In der letzten Zeit seien mehrere verschleierte Frauen mit Briefen Radeks und Krassins bei ihm erschienen, worin verlangt wurde, daß Frankreich mit Sowjetvertretern Besprechungen wegen des Programms der Konferenz von Genua einleiten möge. Poincare erwiderte darauf immer, daß er solche Besprechungen nur mit den Alliierten führen wolle, aber nicht mit Sowjetrußland. Bei allen von ihm gemachten Schritten habe er Lloyd George immer verständigt. Die Erklärung des Ministerpräsidenten findet starken Beifall. Es wurde beschlossen, falls die Sowjetregierung in einer offiziellen Erklärung die gestellten Bedingungen nicht annehmen sollte so werde Frankreich nicht nach Genua gehen. Die Interpellationsdebatte wird sodann vertagt.

Zurückziehung amerikanischer Truppen aus dem Rheinland.

London, 1. April. Dem „Newyork Herald" zufolge werden am 8. April von Antwerpen aus 11 000 Mann und 150 Offiziere der amerikanischen Besatzungstruppen und zwar hauptsächlich Spezialkorps, nach Amerika zurückkehren. Es bleiben dann nur 2600 Mann amerikanische Truppen im Rheinland.

Aus aller Welt.

Das Urteil im Mudraprozeß.

Essen, 1. April. Im Mudraprozeß wurde gestern das Urteil gefällt. Es lautet wegen Verleitung zum Meineid auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und wegen der Veruntreuung auf 3 Jahre Gefängnis. Diese beiden Strafen werden auf 2 Jahre und 9 Monate Zuchthaus zusammengezogen. Ferner wurden wegen Zollhinterziehung bei dem Zigarettengeschäft auf 411 770 Mark und wegen Zigarettensteuerhinterziehung auf 960 000 Mark, insgesamt auf eine Geldstrafe von 1 373 770 Mark erkannt. Mit Rücksicht auf die bewiesene ehrlose Gesinnung wurden Mudra die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Die erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet. Der beschlagnahmte Rest der Zigaretten wird eingezogen. Die Mitangeklagten wurden sämtlich von der Anklage der Untreue, bezw. der Beihilfe zur Untreue freigesprochen und wegen der Beteiligung an den Geschäften Mudras nach den Gesetzen betreffend die Kriegsvergehen zu Geldstrafen verurteilt.

Bürgermeisterkrise in Hannover.

Hannover, 1. April. Im städtischen Kollegium kam es gestern zu stürmischen Auftritten. In der Frage der Errichtung von Sammelklassen für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder brachte der Magistrat seinen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck, worauf die Sozialdemokraten ihr Mißtrauensvotum erneuerten und die Sitzung verließen. Bürgermeister Buccarus erklärte darauf, daß er unter diesen Umständen als Finanzdezernent nicht weiter arbeiten könne, und stellte das Bürgermeisteramt zur Verfügung.

Metallarbeiterstreik in Mannheim.

Mannheim, 1. April. Nachdem eine Urabstimmung der Metallarbeiter über den Schiedsspruch in der Frage der 48-Stundenwoche gleichfalls eine Mehrheit gegen den Schiedsspruch ergeben hat, ist der Streik beschlossene Sache. Betroffen werden 34 Betriebe mit 25 000 Arbeitern.

Breitensträter besiegt Mullings.

Berlin, 1. April. Bei den Vorkämpfen im Berliner Sportpalast besiegte Breitensträter den Engländer Mullings. Der Engländer ging zu Boden und konnte sich binnen 10 Sekunden nicht wieder erheben. Breitensträter war also Sieger.

Die kranke Exkaiser-Familie.

Wien, 1. April. Das Befinden des Exkaisers Karl hat sich gebessert. Die Lungenentzündung ist lokalisiert und die Weiterverbreitung des Herdes verhindert. Das Fieber ist auf 38 Grad zurückgegangen. Nach Ansicht der Aerzte soll sich Karl bereits außer Lebensgefahr befinden. Auch im Befinden der erkrankten Kinder ist eine erhebliche Besserung eingetreten. Dagegen muß die Exkaiserin zu Bett liegen.

⊙ **Die Dienststunden bei der Stadtverwaltung für das** am 1. 4. 22 begonnene Sommerhalbjahr sind wie folgt festgesetzt: Jeden Werktag vormittags von 7,30 bis 12,30 Uhr, nachmittags von 2,30 bis 6 Uhr; Mittwochs und Samstags nachmittags sind die Büros geschlossen, an den Vormittagen dieser beiden Tage dagegen bis 1 Uhr geöffnet.

♡ Die Reifeprüfung für den Verwaltungsdienst bestanden vor der Prüfungskommission der Westfäl. Verwaltungsschule in Dortmund von der hiesigen Stadtverwaltung die Herren Aloys Kortmann und Ernst Weller.

⚠ **Vom Verein für Heimatpflege für Castrop und Umgegend.** Am 30. März hielt der Arbeitsausschuß für Verschönerung und Schutz der Heimat in der Wirtschaft Westerbusch eine Sitzung ab, in der die gesetzlichen Handhaben für Natur- und Heimatschutz besprochen und praktische Richtlinien erörtert wurden, wie hier der Schutz von Naturdenkmälern (Waldflächen, Baumgruppen, Wasserflächen, seltene Tierarten) und der Schutz der Heimatdenkmäler (schöne Haustypen und Straßenbilder) erfolgen kann. Ferner wurden praktische Wege in Aussicht genommen, um der Zerstörung und Verunreinigung der vorhandenen Anlagen und Waldflächen entgegenzuwirken. (Belehrung der Schulkinder in der Schule und auf Schulausflügen, Notizen und Abhandlungen in der Tagespresse). Es wurde weiterhin in Aussicht genommen, mit der Besitzerin des Rennwaldes für die weitere Ausgestaltung und Erhaltung der Anlage im Rennwalde Sorge zu tragen. Auch soll dafür eingetreten werden, daß im Städtischen Walde am Cottenburger Berge eine Erholungsanlage eingerichtet und durch eine Allee mit dem Rennwalde in Verbindung gebracht wird. Auch für eine Wiederbepflanzung des vor mehreren Jahren abgeholzten Waldes hinter dem Hause Callenberg will sich der Ausschuß einsetzen. Eine weitere Sitzung des Ausschusses soll Ende April sich mit entsprechenden Vorlagen beschäftigen.

♀ **Männer-Gesang-Verein Harmonie.** Den Auftakt zu dem am Mittwoch, den 5. April stattfindenden Konzert gibt die Harmonie mit dem Chore „Sonntagsfeier" von Wengert. Der Chor beginnt und schließt mit vollen, wuchtigen Akkorden. Der Mittelsatz malt in anheimelnder Melodie liebliche Naturbilder, der Feierstimmung des Sonntags angepaßt. Als zweiten Chor hören wir „Walderwachen" von Wildt. Hier bietet sich den Sängern Gelegenheit, nicht nur ihre Kunst in der Dramatik zu zeigen, sondern auch die Fähigkeit, dynamisch zu schattieren. Die Musik des Chores illustriert den Text vollkommen und erschöpft ihn musikalisch. Zu Beginn des zweiten Teiles bietet die Harmonie zwei Volksliedchen. „Volkslied" von Schultz und „Gute Nacht" von Schellhase. Das Volkslied ist in seiner Stimmführung einfach gehalten und dadurch gerade von tiefer, stimmungsvoller Wirkung. Besonderes Interesse dürfte dem Chore „Gute Nacht" von unserem Castroper Komponisten, Herrn Schellhase, entgegengebracht werden. Ueber die Durcharbeitung dieses Chores wollen wir vorher nichts verraten — nur soviel, daß die Sänger selten einem Chore soviel inneres Erleben entgegengebracht haben. Den Schluß des Konzerts bildet der Chorzyklus „Maienwonne" von Weinzierl. In den 4 Chören werden Frühlingsbilder in Tanzform geboten. Alle Chöre sind auf einen freudigen Ton gestimmt und musikalisch reich durchdacht. Die Begleitung am Flügel hat Herr Bunk übernommen.

✉ **Der Zirkus Kuhlen** gibt heute abend seine Abschiedsvorstellung. Die Direktion bittet uns, darauf hinzuweisen, daß in ihr das vollständige Programm ohne Kürzung zur Vorführung gelangt. Der Zirkus begibt sich von hier nach Habinghorst, wo er für Dienstag abend auf dem Marktplatz die erste Vorstellung plant.

✉ **Wegen Betrugsversuchs** wurde ein Mann festgenommen, der bei hiesigen Geschäftsleuten 11 000 Mk., angeblich im Auftrage einer auswärtigen Firma einkassierte.

⊡ **Ein Hühnerdieb** brandschatzte in der Nacht vom 30. zum 31. März die B.- und C.-Straße. In ersterer stahl er einem Bergmann 6 Hühner im Werte von 720 Mk., in letzterer ebenfalls einem Bergmann 2 Hühner im Werte von 240 Mk.

⊙ **Berichtigung.** Herr Dentist Altenhein teilt uns mit: „In meinem, von Ihnen am Donnerstag gebrachten Bericht über die in meinem Betriebe vorgekommenen Unterschlagungen heißt es irrtümlich: „Die Unterschlagungen bestanden darin, daß Angestellte Zahlungen von Patienten entgegengenommen und die Beträge nicht an die Kasse abgeführt haben." Ich erkläre berichtigend heute, daß bei den Unterschlagungen lediglich Herr Zahnarzt W. Maibauer in Frage kommt und daß die anderen Angestellten mit den Unterschlagungen nichts zu tun haben. Ich bitte, dieses an geeigneter Stelle zu veröffentlichen."

Stadtverordnetensitzung.

Stadtv. Dr. Pegels fortfahrend:

Nun noch ein Schulbeispiel, das eben den Herrn betrifft, über dessen Wahl wir uns heute unterhalten. In Rheydt, das unter seinen 42 000 Einwohnern 44 % Evangelische und 55 % Katholiken zählt, gibt es 2 Höhere Schulen, die beide evangelische Direktoren hatten. Im Kuratorium sitzen 5 Evangelische und 4 Katholiken. Die Evangelischen stimmten jetzt bei einer Neuwahl des Lyzeums geschlossen für den evangelischen. Die Wünsche des starken kath. Volksteiles wurden mißachtet. Ihrem Bewerber, Herrn Dr. Schubert, schrieb man, daß er wegen der Konfession keine Aussicht habe. Das ist Parität, wie Sie sie üben! Und dabei jammern Sie hier bei uns ohne jeden Anlaß über Imparität. Ich persönlich wäre, um jeden Skank zu vermeiden, einverstanden gewesen, wenn man uns einen evangelischen Direktor vorgeschlagen hätte. Die Vergewaltigung, die man Frl. Prinz antun will, spottet jeder Beschreibung. Man wollte ihr Fesseln anlegen. Sie sollte nicht nach ihrer Ueberzeugung stimmen dürfen. Malen Sie sich die Schlußfolgerung auf sich selbst angewandt aus, meine Damen und Herren, denn auch Sie sind hier ja nur dank des Vertrauens Ihrer Wähler, die Sie entsandten. Aeußere Beeinflussung und nicht innere Ueberzeugung würde dann der Leitstern Ihrer Entschließungen werden. Wohin sollte das führen? Ich würde mich für ein derartiges Mandat höflichst bedanken und lieber mein Mandat niederlegen als auf die Leitung durch eigene Ueberzeugung und Gewissen zichten. Frl. Prinz ist schweres Unrecht geschehen. Wenn eine solche Gewissensknechtung Schule machen sollte, dann muß dafür gesorgt werden, daß Schluß mit einer derartigen Vertretung der Lehrkörper gemacht wird. Wer ein solches Amt zu bekleiden hat, der soll nach reiflicher Ueberlegung, nach eigener Ueberzeugung und in voller Gewissensfreiheit entscheiden dürfen und nicht auf Befehl von außen müssen. Warum hat man denn Herrn Amtmann Schulze nicht das gleiche Verbrechen vorgeworfen? Er ist doch auch als Vertreter der kath., sowohl wie der ev. Einwohner seiner paritätischen Gemeinde Mitglied des Kuratoriums. Er stimmte aber für den Evangelischen und trotzdem regt sich niemand darüber auf. Es läßt sich dagegen nichts tun, als daß die Bevölkerung von der Voraussetzung aus, daß die Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus vorüber sei und daß die künftige Entwicklung wahrscheinlich dahin führen werde, daß die großen Verbände in Industrie, im Handel, im Handwerk und in der Landwirtschaft als solche den Vereinigungen der Arbeitnehmer in den Gewerkschaften gegenüberstehen würden. Unter sich würde an die Stelle der Konkurrenz des Einzelnen wahrscheinlich das Ringen der Organisation treten. Es sei deshalb ein Erfordernis, daß man sich mit dieser modernen Entwicklung befasse und in ihre Ideen und Ansichten eindringen versuche.

Herr Baugewerksmeister Benning-Merklinde betonte hierauf in sehr eindringlichen Worten die Forderungen, die der gewerbliche Mittelstand als solcher gegenüber dem Staate und der Wirtschaft hat. Die Zeit habe die Notwendigkeit erbracht, daß der Kaufmann und Handwerker seine Preisberechnung durchsichtig machen müsse. Als Gegenleistung könne der Gewerbestand doch verlangen, daß ihm für seine Arbeit ein angemessener Lohn gezahlt werde. An der Geschichte des Submissionswesens im Baugewerbe erläuterte er die Uebelstände der früheren Zeit und die Notwendigkeit der strengeren Forderung und daß solche Zeiten nicht wiederkehren. Er betonte die Schwierigkeit der augenblicklichen

Lage des Handwerks

und den festen Beschluß der Berufsstände, besonders des Baugewerbe, ihrerseits an dem staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau mitzuarbeiten, er forderte aber Gleichberechtigung und die Gewähr, daß diese Mitarbeit unter den gleichen Voraussetzungen erfolge, wie bei den anderen Berufsständen. Zum Schluß betonte auch dieser Redner die Wichtigkeit der Versammlungen und die Notwendigkeit der öfteren Aussprachen. Er fand Worte lebhaften Bedauerns, daß die zuständigen Baubehörden von Castrop und Rauxel nicht vertreten seien.

Herr Baak-Merklinde berichtete hierauf als Aufsichtsratsmitglied der Gewerbebank über den starken Erfolg dieser Gründung und forderte alle noch fernstehenden zur regen Mitarbeit auf. Er teilte mit, daß die Gewerbebank im April eine Zweigstelle in Habinghorst eröffnen werde. Mit freudigen Dankesworten schloß der Vorsitzende, der Kaufmann Hoting, die interessant verlaufene Versammlung, die allerseits zufrieden gestellt hatte.

Eingesandt.

Auf das Eingesandt „Gewerbesteuer und Stadtverordnetenvorsteher" in der Freitags-Nummer darf ich mir erwidern: Ich bin außerordentlich erfreut, daß zu den Angriffen, ich sei kommunalpolitisch der Anwalt der Gewerbetreibenden, nun dieser Angriff von angeblich mehreren Kaufleuten tritt, allzumal dadurch nur bewiesen wird, daß ich mich auf dem rechten Mittelwege befinde. Der Angriff ist völlig deplaziert, wie allein schon daraus erhellt, daß der Hinweis des Herrn Lambertz auf Anhörung der Handels- und Handwerkskammer nicht nur mit meinem vorhergehenden Einverständnis, sondern sogar auf mein Anraten vorgebracht wurde, um die Verwaltung auf das bedauerliche Verhalten aufmerksam zu machen. Eine Vertagung durfte ihnen aber trotzdem nicht erfolgen, weil der Nachtragsbeschluß bereits am 1. April genehmigt sein mußte, wenn er gültig sein sollte. Es blieb also gar kein anderer Weg als der, das Versehen der Verwaltung in der Weise nachzuholen, daß vor der Genehmigung des Bezirksausschusses, mit der das Urteil erst gefällt wurde, die Anhörung der Handels- und Handwerkskammer erfolgte. Daß dieses auch möglich war, zeigt am besten die Tatsache, daß die Anhörung tatsächlich sogar mit gütiger Mitwirkung des Mittelstandshauses sowohl rechtzeitig als auch mit dem Ergebnis erfolgte, daß der fragliche Beschluß bereits die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden hat.

Castrop, den 31. März 1922.

Dr. Pegels.

Ergebnisse der Betriebsratswahlen

✱ **Betriebsratswahlen.** In unserer näheren Umgebung haben mehrere Schachtanlagen die Betriebsratswahlen bereits vorgenommen. Die Resultate sind folgende: (Die eingeklammerten Zahlen sind das Ergebnis aus dem Jahre 1921.):

Adolf v. Hansemann Gewerkverein 363 (250) Alter Verband 728 (998) Polen 262 (268) Syndikalisten 1249 (619);

Germania I Gewerkverein 238 (224) Verband 897 (1285) Polen 119 (37) Union 357;

Glückauf Segen Wellinghofen Gewerkverein 115, Verband 812 Hirsch-Dunkersche 96 Unionisten 307.

Courl Gewerkverein 283 (219) Verband 568 (1009) Syndikalisten 628 (262);

Kaiser Friedrich Gewerkverein 332 (178) Verband 823 (1075) Syndikalisten 534 (435);

Westhausen Gewerkverein 463 (189) Verband 365 (299) Polen 66 (78) Syndikalisten 396 (310);

Zollern II Gewerkverein 376 (299) Alter Verband 391 (356) Polen 106 (68) Syndikalisten 463.

Insgesamt erhielten Stimmen: Gewerkverein 2070 mehr 696; Alter Verband 4584 weniger 1250; Polen 559 mehr 112; Syndikalisten 3984 mehr 1131.

Weiter erhielten wir noch folgende Mitteilungen:

Kaiserstuhl 1: Gewerkverein 146 (116), Verband 523 (696), Syndikalisten 1046 (346), Hirsch-Dunker 83 (113). Siebenplaneten: Gewerkverein 118, Verband 1146 Stimmen. Viktor 1-2: Gewerkverein 325 (235), Verband 650 (817), Polen 421 (465), Syndikalisten 322. Oespel: Gewerkverein 152 (114), Verband 908 (1003), Syndikalisten 202. Holstein: Gewerkverein 106, Verband 697, Syndikalisten 206.

♀ Sodingen. (Eine schwere Niederlage) erlitten die Unionisten bei der Betriebsratswahl auf Zeche Mont Cenis, Schacht 1-3. Sie hatten bisher im Betriebsrat die absolute Mehrheit, während sie bei der jetzigen Wahl von 16 Kandidaten nur 5 erhielten. Der alte Verband erhielt 4, der Gewerkverein 5 und die Polen 2 Vertreter. Damit hat die Arbeitsgemeinschaft wieder die absolute Mehrheit im Betriebsrat. Die Unionisten haben abgewirtschaftet.

⊙ **Betriebsratswahlen auf Graf Schwerin 1, 2, 3.** Die Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen auf „Graf Schwerin" war gleich 80 Prozent. Es entfielen Stimmen: auf die freien Gewerkschaften 914=6 Sitze, christliche Gewerkschaften 351=2 Sitze, Polnische Berufsvereinigung 374=2 Sitze, Union 399=3 Sitze. — Von den Angestellten wählten 93 Prozent, ergab für die Afa 110 Stimmen, für die Oberen Bergbeamten 41 Stimmen. Die beiden Vertretersitze fielen der Afa zu.

Neues aus Altem 605
macht jede kluge Hausfrau durch Auffärben alter, verblichener Stoffe vermittels **Brauns Haushaltfarben**: In allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Die Versammlung des Mittelstandes.

Die am 24. März im Hallerschen Saale tagende Versammlung der Kaufleute und der Handwerker von Castrop und Umgegend erfreute sich eines sehr guten Besuches. Herr Kaufmann Hoings eröffnete und leitete die Versammlung. Er begrüßte den Bürgermeister und die anwesenden Stadtverordneten und bedauerte, daß die Vertreter des Amtes Rauxel keine Zeit gefunden hätten, zu einer Versammlung zu erscheinen, die für den Mittelstand so außerordentlich wichtig sei.

Der Syndikus Steinbusch vom Mittelstandshaus hielt hierauf ein längeres Referat über die Einkommensteuererklärung für 1921. Er führte insbesondere die Bestimmungen, die bei Aufstellung der Bilanz zu beobachten sind, vor und zeigte an der Hand des Steuerformulars die Möglichkeit der Abzüge und ihre Einstellung in die Erklärung. Er betonte vor allem die Wichtigkeit der Jahresbilanzen und die Notwendigkeit für den Gewerbetreibenden, sich endlich eine Buchführung zuzulegen, die steuerlichen Ansprüchen genüge. In seinen hierauf folgenden Ausführungen über

die Gewerbesteuer

erläuterte er kurz die Geschichte der Gewerbesteuer in Preußen, die Art zur Veranlagung und Einspruchsmittel und Möglichkeit der Abzüge. Er stellte hierauf in sehr eingehender Weise die Forderung, daß die Gewerbesteuer der Stadt Castrop zu reformieren sei, da dieselbe durchaus veraltet sei. Er betonte, daß man sich bei der neuen Verordnung nicht vom reinen fiskalischen Interesse leiten lassen müsse, sondern zu berücksichtigen habe, daß die Gewerbesteuer eine Art Sondersteuer, als solche ungerecht und drückend wirke. Zur allgemeinen Reform der Gewerbesteuer erhebe er die Forderung, daß alle Kreise, welche umsatzsteuerpflichtig sind, auch der Gewerbesteuer unterliegen, daß also auch Aerzte, Rechtsanwälte, wie auch Landwirte, die Gewerbesteuer zu zahlen haben. Es sei weiter für die Freilassung eines Arbeitseinkommens zu sorgen und außerdem die Forderung zu erheben, daß die Berufsvertretungen des Handels und Handwerks als solche gutachtlich gehört werden. Es sei bedauerlich, wenn die Stadtverwaltung Castrop entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, sich über diese Vorschrift einfach hinweggesetzt habe. Das sei um so bedauerlicher, als der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen vielleicht nur 20% umfaßt. Zum Schluß erhebe er weiter die Forderung, daß die Gewerbetreibenden bei der nächsten Stadtverordnetenwahl tüchtige Kaufleute und Handwerker in größerer Zahl in das Stadtparlament und in die Gemeindevertretung brächten.

Sache meiner werten Kundschaft von
ropp-Schwerin bekannt, daß ich meine

Praxis

eder aufgenommen habe.

Frau Lerch, Hebamme
Rauxel-Schwerin
Grimbergstraße 5.

4

Krätze

setzt. Hetthautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne
e Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben
kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter
rantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht
ben! Offene Füße, alte unheilbare Wunden,
handelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-
sagungen beweisen 231

rau Renkewitz, Homöopathie,
ene, Gabelsb ergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

---

einöl la. dopp. gek. keine Mischware.

ernstein fußbodenlackfarbe
er Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche
acke. **Farben, Pinsel, Schablonen**
Bohnerwachs u. s. w. 1163

treichfertige Oelfarben

id Lackfarben aller Art liefert zu kon-
rrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem
agerverkaufsraum! Kein Laden!

H. Haueisen,
ack- u. Farben-Industrie Dortmund
rnruf 3536 Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße

Schreibmaschine

Im Inland bewährt-
Im Ausland begehrt

Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

Alleinvertrieb für das westf. Kohlenrevier:
L. Löher, Dortmund,
hannesstraße 32. Fernsprecher 8632.

Mit verbundenen Augen

laufen die Einkäufer an
ihrem Geschäft vorbei, wenn
Sie ihnen nicht durch vor-
teilhafte Angebote in
der Castroper Zeitung
die Augen
öffnen.

Bekanntmachung

r Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren
r die polizeiliche Genehmigung und Beaufsichtigung
baulicher Anlagen in der Stadt Castrop.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-
ersammlung vom 24. März 1922 wird zu der Ordnung
treffend die Erhebung von Gebühren für die poli-
iche Genehmigung und Beaufsichtigung baulicher An
gen in der Stadt Castrop vom 5. April 1921 folgender
achtrag erlassen.

§ 1.

Zu den in den §§ 1 und 5 angegebenen Gebühren-
zen tritt bis auf Weiteres ein Teuerungszuschlag von
0 (zweihundert) Prozent.

§ 2.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffent-
hung in Kraft.

Castrop, den 1. April 1922. 314.

Der Magistrat: Schmitz.

Nachtrag.

Alle diejenigen Personen und Firmen, die in der
eit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 für das
mt Rauxel, die Gemeinden Rauxel, Habinghorst, Merk-
ade, Bövinghausen und Frohlinde, sowie für den Ge-
mtschulverband Merklinde-Bövinghausen Arbeiten
der Lieferungen ausgeführt und die Rechnungen hier-
der noch nicht eingereicht haben, werden ersucht, diese
ngehend an das Amt einzusenden. 2270.

Rauxel, den 1. April 1922.

Der Amtmann: Schulze.

CIRCUS KUHLEN
CASTROP — VIEHMARKT

Heute Montag, den 3. April, abends 8 Uhr:

20 Circus-Sensationen
u. a. die

4 BENNOS Schleuderbrettakrobaten

bilden im Monat März das Tagesgespräch von Paris

Dienstag, den 4. April abends 8 Uhr
Gala-Eröffnung in Habinghorst Marktplatz.

Wenn
Ihre Wohnung

gekälkt wird, ist sie nüchtern
und stimmungslos, es fehlt
dann an einer schönen Tapete!

10 Prozent Rabatt

gewähre ich bei Bareinkäufen
den Mietern der neuen Siedlungshäuser, wenn sie aus meinen neuen Musterkarten sich eine schöne Tapete aussuchen.
Zusendung meiner Karten
auf Wunsch bereitwilligst.

2011

Tapeten-Haus
Carl Jansen
Herne, Behrensstraße 12. Tel. 1144.

Kredit erhält Jeder!

Auf Teilzahlung

328

Herren- und Burschen-Anzüge
Schlüpfer, Covercoats und Regenmäntel
Cutaways und gestr. Hosen, Knaben-Anzüge

Damen-Mäntel, Costüme und Kleider
Costümröcke, Costümstoffe, Kleiderstoffe
:-: :-: und alle Manufakturwaren :-: :-:

Max Mischkowski, Dortmund
Ausgang Nordseite **Steinstrasse 69** Hauptbahnhof

Bequeme Abzahlung

Kredit erhält Jeder!

Geschmackvolle Vereins-Drucksachen!

Alle Vereins-Veranstaltungen
Festlichkeiten, Bälle, Konzerte
und Theater-Aufführungen

werden dadurch am besten gefördert, wenn sie durch eine wirklich vornehm und geschmackvoll ausgestattete Drucksache angezeigt werden. Es ist daher angebracht, auf die gute Ausstattung aller für diese Zwecke benötigten Drucksachen, wie

Einladungen, Eintrittskarten,
Programms, Menü- u. Tanzkarten, Tafellieder, Festschriften

großen Wert zu legen. Bei vorkommendem Bedarf halten wir uns zur schnellen und preiswerten Lieferung vorzüglich ausgeführter derartiger Drucksachen empfohlen

Buchdruckerei der
Castroper Zeitung.

Der bekannte Naturheilkundige

Haverkamp

ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 5 Uhr, Samstags u. Sonntags von 9 bis 12 Uhr vorm. nur in

Habinghorst, Bülowstr. 19
zu sprechen. 2034

Schwaben Kakerlaken Ameisen
vernichtet radikal u. tötet sicher **„Istralon“**

Erfolg garantiert. Zu hab. bei: **In Ickern** Central-Drogerie H. Schöning, Glückauf Drog. Th. Holtmann. 1975

Gegen „Wanzen“ verlangen Sie ausdrückl. **Istra** und Istra-Wanzentinktur

---

Sofas und Chaiselongues
vorrätig und preiswert eigene Anfertigung
Flocken, Bahnhofstraße 14.

---

2 schläfige 2097

Bettstelle

mit Matratze gut erhalten zu verkaufen.
Ickern, Lake 22.

Dauernde gewinnbringende Existenz!

Wohlmuth

Das
Verkaufs-Monopol
in Paderborn für unsere hochwertigen, ständig viel begehrten, keiner Konjunktur unterworfenen Apparate für Familiengebrauch ist sofort zu vergeben.

Gleichzeitig sollen
Wohlmuth-Institute
für
Gesundheitspflege
eingerichtet werden. Mehrere hundert solche arbeiten schon mit besten Erfolgen. Erwünscht badenlokal oder bessere Wohnung in guter lage; erforderlich entsprechendes Betriebskapital. Die Apparate sind glänzend von ersten Autoritäten begutachtet. Bis heute in über 35000 Familien eingeführt. Abertausende von Anerkennungen. Großzügige Propaganda leistet die Gesellschaft. Persönliche Anleitung und Unterstützung zugesichert. 2078

G. Wohlmuth u. Co.
Aktien Gesellschaft
Furtwangen
i. bad. Schwarzwald.

---

2 Rinder

4 und 7 Monate alt zur Zucht geeignet, zu verkaufen.
Schäfer, Rauxel-D.
Mittelstraße 21. 2099

Nationalkasse für mehr. Angestellte zu kaufen ges. Barzahlung. Angeb. erb. unt. J. U. 21124 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Bandwurm

treibt ab ohne Hungerku binnen 3 Stunden

Haverkamps Heil-Institut
Habinghorst
Bülowstraße 19
Sprechzeit Montags, Mittwochs, und Donnerstags. (Samstags und Sonntags vorm. von 9—12 Uhr.

Kräftiger Sohn ordentl. Eltern (evg.) 2060

Bäckerlehrling

gesucht. **Hugo Thiemann, Bodelschwingh,** Zechenstraße 3.

Zum 15. April sauberes, ordentliches

Mädchen

nicht unter 18—20 Jahren, welches alle Hausarbeit versteht gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung

---

Totenbriefe
auf Quart-Briefbogen mit schwarzem Rand sowie kleine

Totenzettel
mit Text auf 2 Seiten
und

Trauerbilder
mit Text auf der Rückseite liefern wir in sorgfältig. Ausführung innerhalb 2 Stunden nach Eingang der Bestellung.

Castroper Zeitung
Castrop i. Westf.
Fernsprecher Nr. 6.

Technikum Lemgo
Maschinenbau, Elektrotechn
Hoch- und Tiefbau,
Ziegeleifach. 4106
Neue Laboratorien.

Kakerlaken mit Brut

vernichtet verblüffend
Goliathgift

doppelt stark, geruchlos i. Apotheken u. Drogerien.

Behandlung aller
Krankheiten

wie **Nieren- und Blasenleiden, Haut-, Harn-, Magen-, Darm-, Nerven-, Lungen- u. Leberleiden.** Gallensteine u. Bettnässen werden in kürzester Frist und in den hartnäckigsten Fällen unter Garantie beseitigt.

Behandlung ohne Berufsstörung. Verschwiegenheit zugesichert. Nach Frau Pastor Madaus Augendiagnose. Einzigste am Platze.

Heilinstitut G. Pingel,
Rauxel, Bahnhofstr. 19
(Gasthof Siroikamp).
Sprechzeit: 8993
Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10—7 Uhr.